

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

I 074/2005 (DDI)

Interpellation Fraktion SVP: Grösserer Polizeiapparat, mehr Kontrollen, mehr Personal wegen Schengen/Dublin? (03.05.2005)

1. Wie wird die «Schleierfahndung» im Kanton Solothurn umgesetzt? Ist es richtig, dass bei einem Schengen-Ja künftig mit täglichen Ausweiskontrollen auf Strassen, in Zügen, Restaurants, Dancings, Einkaufszentren etc. zu rechnen ist? Müssen Schweizerinnen und Schweizer künftig stets einen Ausweis auf sich tragen? Stichwort: Polizeistaat.
2. Falls dadurch ein grösserer Kontrollaufwand entsteht als heute: Wo nimmt die ausgelastete Polizei Kanton Solothurn die personellen Ressourcen dafür her? Kann bei einem Ja zu Schengen ein Personalzuwachs bei der Polizei ausgeschlossen werden? Wenn nein, wie sieht die Personalplanung bis 2015 aus, bei einem Ja zu Schengen und bei einem Nein zu Schengen?
3. Falls mit Schengen kein grösserer Kontrollaufwand entsteht als heute: Wie soll der Kanton Solothurn dann bei offenen Grenzen sicherer werden? Ist die «Schleierfahndung» damit nicht einfach nur ein Papiertiger?
4. Ist es richtig, dass die Konferenz der Polizeidirektoren KKJPD kürzlich darüber informiert wurde, dass bei einem Schengen-Ja vom Grenzwachtkorps nicht zuviel Personal zur Unterstützung der Kantonspolizei erwartet werden dürfe, da dieses weiterhin grösstenteils für Bundesaufgaben eingesetzt wird?
5. Geht der Regierungsrat davon aus, dass die Massnahmen («Schleierfahndung», Schengen-Informationssystem «SIS») genügen, um das Sicherheitsdefizit durch den Wegfall der Grenzkontrollen auszugleichen?
6. Wie beurteilt die Kantonsregierung die Sicherheitslage in bestimmten grenz- oder autobahnnahen Gebieten des Kantons Solothurn (Schwarzbubenland, Gäu, Wasseramt) unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Kriminalität in allen Nachbarländern mit dem Schengen-Beitritt jeweils unvermittelt angestiegen ist?
7. Mehr Sicherheit bedeutet weniger Kriminalität. Wenn Schengen also mehr Sicherheit bringen soll, müssten die Kriminalitätsstatistiken nach dem Beitritt nach unten weisen. Kann der Regierungsrat versichern, dass die Zahlen solothurnischer Kriminalitätsstatistiken bei einem JA zu Schengen tatsächlich zurückgehen? Wenn nein, warum wird mit dem unhaltbaren Argument «mehr Sicherheit» hantiert?

Begründung (03.05.2005): schriftlich

Am 5. Juni 2005 stimmen die Schweizerinnen und Schweizer über das Schengen-Abkommen mit der EU ab. Schengen/Dublin bringt unter anderem einen Wegfall systematischer Personenkontrollen an den Grenzen. Wie der zuständige Bundesrat Christoph Blocher bestätigte, entsteht dadurch ein Sicherheitsdefizit an den Grenzen. Gemäss Schengen-Befürworter wird versucht, dieses Defizit mit so genannter «Schleierfahndung» und dem «Schengen-Informationssystem SIS» auszugleichen.

Der Kommandant der Polizei Kanton Solothurn und andere Schengen-Befürworter weisen in den Medien und an Podiumsdiskussionen darauf hin, dass Schengen mehr Sicherheit bringe. Mehr Sicherheit wird vom Volk mit „weniger Kriminalität“ interpretiert. Weniger Kriminalität wiederum müsste sich in einer Abnahme der Zahlen in unseren Kriminalitätsstatistiken niederschlagen. Aufgrund dieser Äusserungen kann davon ausgegangen werden, dass konkrete Pläne des Kantons Solothurn für die Umsetzung der «Schleierfahndung» unter Schengen-Bedingungen bestehen und dass verbindliche Aussagen über den künftig dafür benötigten Personalbestand der Polizei sowie allfällige andere Mehrkosten (z.B. Software, Hardware etc.) gemacht werden können. Falls durch Schengen/Dublin für den Kanton Solothurn keine Mehrkosten entstehen, kann hiezu sicher auch eine verbindliche Aussage gemacht werden, die nach der Schengen-Abstimmung noch Gültigkeit hat.

Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit ist im bevorstehenden Abstimmungstermin begründet. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sowie die Kantonsrätinnen und Kantonsräte im stark betroffenen Kanton Solothurn (Grenzen/Hinterland) sollen noch vor der Schengen-Abstimmung über allfällige Folgekosten (mehr Personal, zusätzliche oder andere Informatik für SIS II etc.) in Kenntnis gesetzt werden.

Unterschriften: 1. Roman Stefan Jäggi, 2. Kurt Küng, 3. Heinz Müller, Hansjörg Stoll, Walter Gurtner, Herbert Wüthrich, Bruno Oess, Hans Rudolf Lutz, Josef Galli. (9)